

Sozialpolitik nicht den Bremsern überlassen.

Ein Politkrimi als Lehrstück

Bremst die Bremser, stärkt die fortschrittlichen Kreise! Dies muss bei den Nationalratswahlen besonders für die Sozialpolitik gelten.

„Politkrimi“ oder „politisches Schmierentheater“, das waren etwa Ausdrücke, mit denen die parlamentarische Behandlung des flexiblen Altersrücktrittes für das Bundespersonal charakterisiert wurde. Nun, spannend wie ein Krimi war's alleweil, geschmiert wurde auch. Schliesslich setzten sich die Gewerkschaften durch, ihre Vertreter im Nationalrat führten jene fortschrittlichen Kreise an, die sich zu einer genehmigenden Mehrheit zusammenfanden.

Bremser mit Methode

Schwamm drüber, weil's gelungen ist? Nein, denn genau nach diesem Strickmuster, mit dem die Pensionskassenvorlage sabotiert werden sollte, genau nach diesem Muster versuchen rechtsbürgerliche Kreise seit Jahren, jeden sozialpolitischen Fortschritt abzuwürgen. Da sozialpolitische Fragen in Zukunft neben dem Umweltschutz wieder vermehrt im Mittelpunkt stehen werden, lohnt es sich, dieses Lehrstück etwas genauer anzusehen. Es wurde mit Methode verzögert. Das fing bereits in den Jahren 1985 und 1986 an den Seminarien der Finanzkommissionen der eidgenössischen Räte an, die trotz ausführlicher, transparenter und gründlicher Berechnungen der Verwaltungsexperten einen eigenen Gutachter zuzogen. Das ging weiter in den vorberatenden Kommissionen beider Räte, die zusätzliche Unterlagen und so weiter verlangten. Kein Trick war zu mies, um ihn nicht zu versuchen, selbst derjenige, einfach keine Daten für die Kommissionssitzung frei zu haben. Alles immer mit dem Ziel, den sozialen Fortschritt für das Bundespersonal zu bremsen. Während der ganzen Dauer der parlamentarischen Beratung wurden immer wieder die gleichen, längst beantworteten Fragen gestellt oder Probleme aufgeworfen, die mit der Vorlage nichts zu tun haben. Und so weiter und so fort. Schliesslich sorgten Sozialdemokraten und Gewerkschafter mit Stichentscheiden dafür, dass der flexible Altersrücktritt wenigstens behandelt werden konnte.

Probleme nicht verträdeln

Diese Verzögerungstaktik hat für die notorischen Bremser noch einen Vorteil: Sie brauchen nicht Nein zu sagen, nicht Farbe zu bekennen. Sie wollen nur das Beste, und das muss gründlich und nochmals und wieder geprüft werden. So können wir aber die sozialpolitischen Probleme der Zukunft nicht lösen. In der nächsten Legislaturperiode muss die 10. AHV-Revision endlich behandelt werden. Die Initiative des Gewerkschaftsbundes und der Krankenkassen zwingen das Parlament zu Auseinandersetzungen mit der maroden Krankenversicherung. Das Gesetz über die berufliche Vorsorge (BVG) - es wurde von den Bremsern nicht nur verzögert, sondern zum Missgebilde verunstaltet - muss revidiert werden. Eine Teilrevision der Arbeitslosenversicherung steht vor der Tür.

Diese wichtigen Fragen dürfen wir im Parlament nicht den Bremsern vom Dienst überlassen. Deshalb müssen wir die Vertretung der Arbeitnehmer in den eidgenössischen Räten stärken. Das öffentliche Personal und die übrigen Arbeitnehmer brauchen Parlamentarier, die Sozialpolitik als Auftrag zu einem würdigen Leben im Beruf, im Alter, bei Krankheit, bei Unfall, als Witwe, Witwer oder Waise verstehen. Die Gesetzgebung über die Sozialversicherungen muss von Leuten geprägt werden, die das Netz sozialer Sicherheit nicht als Almosen verstehen, sondern auf die allgemeinen Notwendigkeiten und breiten Bedürfnisse ausrichten. Wir dürfen diese Politik nicht jenen überlassen, die dabei nur die Kosten, nie aber den Nutzen sehen.

Konkrete Vorschläge

SP und Gewerkschaften haben klare und realistische Konzepte vorgelegt zur 10. AHV-Revision, zum BVG, zur Krankenversicherung. Die 10. AHV-Revision muss die Gleichstellung von Mann und Frau bringen mit einer Flexibilisierung des Rentenalters. Vorschläge wurden unterbreitet, um die schlimmsten Schwächen im BVG auszumerzen. Und die Krankenversicherung-Initiative wird die Kostenexplosion im Gesundheitswesen bremsen und die Hauptlast der Prämien nicht mehr den Familien auferlegen. Alle diese guten Konzepte können aber nur durchgesetzt werden, wenn die Wählerinnen und Wähler SP und Gewerkschaften die nötige Kraft - das heisst Stimmkraft im Parlament - dazu geben. Sonst bleiben eben die Bremser die Sieger.

Und das öffentliche Personal darf ruhig etwas egoistisch denken. Wie die Besoldungsvorlage für das Bundespersonal im nächsten Jahr nach der parlamentarischen Beratung aussieht, wird zum Beispiel weitgehend von der Stärke seiner Vertretung in den Räten bestimmt!

Georges Eggenberger
Generalsekretär der PTT-Union
Präsident des Föderativverbandes

Berner Tagwacht, 6.10.1987.

Personen > Eggenberger Georges. Nationalratswahlen. TW, 1987-10-06